

**Medienmitteilung**  
Bern, 12. August 2009

## **Präventionsgesetz: Überflüssig!**

**Der Schweizerische Gewerbeverband sgv und die Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik AWMP lancierten heute den Kampf gegen das neue Präventionsgesetz und das Schweizerische Institut für Prävention und Gesundheitsförderung. Falls das Parlament Eintreten beschliesst, müsste die Referendumsfrage gegen diese unnötige Bevormundung der ganzen Wirtschaft und Bevölkerung geprüft werden. Die Botschaft des Bundesrates ist für den Herbst 2009 angekündigt.**

Als Reaktion auf den ausufernden Aktivismus des Bundesamtes für Gesundheit BAG in den Bereichen Alkohol, Tabak sowie Ernährung und Bewegung ist im letzten Jahr unter Federführung des sgv die **Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik AWMP** gegründet worden. Das breit abgestützte Komitee, dem rund 20 Dach- und Branchenverbände der Wirtschaft angehören, arbeitet eng mit den bürgerlichen Parteien sowie der Interessengemeinschaft IG Freiheit zusammen.

Laut **Rudolf Horber**, Geschäftsführer der AWMP und Chefökonom des sgv, kann sich die bisherige Bilanz der AWMP sehen lassen: „Die AWMP ist gut aufgestellt, sie wird als wichtiger Partner wahrgenommen. In einigen Fällen, so beim Nationalen Programm Alkohol, mussten die übereifrigen Beamten des BAG aufgrund der entschiedenen Intervention der AWMP zurückbuchstabieren.“

**Hans-Ulrich Bigler**, Direktor sgv, präsentierte den Standpunkt der gewerblichen Wirtschaft zur ganzen „Verbotitis“ und Präventionspolitik: „Der sgv hat sich den Abbau von Regeln und Vorschriften, die Senkung von Gebühren, Abgaben und Steuern sowie den Kampf gegen Konsum- und Werbeverbote zuoberst auf die Fahne geschrieben. Bei der Prävention und Gesundheitsförderung ist primär auf die Selbstverantwortung und nicht auf den Staat zu setzen; ein neues Präventionsgesetz braucht es nicht und das Präventionsinstitut noch weniger.“

**Nationalrätin Natalie Rickli** (SVP, ZH) legte im Einzelnen dar, weshalb das neue Präventionsgesetz unnötig ist: „Spezifische Probleme, beispielsweise das Rauschtrinken von Jugendlichen, können und dürfen nicht mit unspezifischen Massnahmen, welche die ganze Bevölkerung treffen, zu lösen versucht werden. Es käme zu einer weiteren Aufblähung der Verwaltung und parastaatlicher Organisationen. Zudem hat der Bund gemäss Bundesverfassung gar keine Kompetenzen, im Bereich der nicht-übertragbaren Krankheiten zu legiferieren.“

**Nationalrat Jean-René Germanier (FDP, VS)** plädierte für ein Ja zu sinnvollen Präventionsmassnahmen, verlangte aber, dass diese mit den direkt betroffenen Kreisen und der Wirtschaft erarbeitet werden müssen: „Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen sind für eine massvolle, angemessene Präventionspolitik ausreichend. Bei allfällig bestehenden Lücken sind bei Bedarf die bestehenden Möglichkeiten für spezifische Risikogruppen besser auszuschöpfen und das bereits heute bestehende Recht konsequent zu vollziehen.“

**Nationalrat Markus Zemp (CVP, AG)** begründete die Ablehnung des geplanten Präventionsinstituts wie folgt: „Die bestehende privatrechtliche Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz hat sich bewährt, eine neue Institution würde sofort eine Eigendynamik entwickeln und zu mehr Staatsbürokratie führen. Zudem ist die vorgesehene Finanzierung mehr als problematisch und keineswegs gesichert. Schliesslich würden unnötigerweise Kompetenzen von den Kantonen zum Bund verlagert.“

#### **Weitere Auskünfte**

**Hans-Ulrich Bigler**, Direktor sgV, Telefon 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

**Rudolf Horber**, Geschäftsführer AWMP, Telefon 031 380 14 34, Mobile 078 813 65 85

**Die Nummer 1:** Als grösste Dachorganisation der Schweizer KMU-Wirtschaft vertritt der sgV 280 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen